

# Gratis-ÖV allein ist nicht die Lösung

**Mobilität** Ein Verzicht auf Bustickets löst das Verkehrsproblem in Liechtenstein nicht. Zu diesem Schluss kommt eine Zürcher Studie, schlägt aber gezielte Kostenanreize vor.

VON DAVID SELE

Die Nutzung des öffentlichen Verkehrs (ÖV) ist in Liechtenstein bereits heute vergleichsweise kostengünstig. Hinzu kommt, dass wer ein Jahresabo der LIEmobil löst, bis zu 50 Prozent der Kosten bei seiner Wohngemeinde zurückholen kann. Dennoch wird in Verkehrsdiskussionen immer wieder ein komplett kostenloses ÖV-Angebot gefordert, um mehr Menschen vom Auto auf den Bus zu bringen. Auch im Mobilitätskonzept 2030 ist vorgesehen, diese Massnahme zu prüfen, weshalb die Regierung eine Studie in Auftrag gegeben hat. Nach einer differenzierten Betrachtung der Situation in Liechtenstein kommt das Zürcher Beratungsunternehmen Infrac in der Studie zu einem ernüchternden Fazit: Pauschaler Gratis-ÖV ist nicht die Lösung.

## Nicht so einfach wie gedacht

Dabei wirkt der gänzliche Verzicht auf Tickets für das LIEmobil-Busnetz auf den ersten Blick recht verlockend: Die Studienautoren haben berechnet, dass damit die Verkehrsleistung im ÖV um 12 bis 29 Prozent gesteigert werden könnte. Ein erheblicher Teil davon wird allerdings auf eine angebotsinduzierte Nach-

frage zurückgeführt: Konkret wären es gemäss der Infrac-Studie 1 bis 3 Millionen Fahrten pro Jahr, die ansonsten gar nicht unternommen worden wären - also auch nicht mit einem anderen Verkehrsmittel. Bei den anderen zusätzlichen Busfahrten würde es sich um eine Verlagerung vom Fuss- und Veloverkehr - was per se nicht das Ziel ist - und vom motorisierten Individualverkehr handeln.

Demgegenüber stehen gemäss der Studie hohe Kosten: 5,5 Millionen Franken pro Jahr müsste das Land zusätzlich für den ÖV berappen. Zum Vergleich: Aktuell beläuft sich der Staatsbeitrag an die LIEmobil auf 14,5 Millionen Franken. Noch nicht berücksichtigt ist dabei der Ausbau des Angebots, der durch die höhere Nachfrage wohl nötig werden würde.

Aber auch rein praktische Gründe sprechen aus Sicht der Studienautoren gegen pauschalen Gratis-ÖV in Liechtenstein. Wegen des grenzüberschreitenden Verkehrs würden daraus organisatorische, betriebliche und administrative Herausforderungen erwachsen. Und die Komplexität der Tariflandschaft im Dreiländereck würde erhöht. Generell wird auch davon ausgegangen, dass ein komplett kostenloses Busangebot sich negativ auf die Qualität auswirken würde. Schliesslich ist es heute nicht zuletzt aus marktwirtschaftlichen Gründen das höchste Ziel der LIEmobil, so viele Fahrgäste wie nur möglich zu gewinnen. Ohne Ticketsystem sieht die Infrac-Studie zudem die Gefahr, dass Vandalismus und Platzmangel zunehmen könn-

ten, während zugleich die Sicherheit im ÖV sinkt.

## Gezielte Anreize setzen

Um das Ziel, die Verlagerung vom Auto auf den Bus, zu erreichen, sei eine Kombination von Massnahmen nötig. Dabei seien Einschränkungen für den motorisierten Individualverkehr wirksamer als preisliche Vergünstigungen im ÖV. Dennoch ist die Idee des kostenlosen Busfahrens nicht gänzlich in den Wind zu schlagen, wie die Studienautoren festhalten. «Anstatt einer pauschalen Verbilligung könnten gezielte Aktionen und eine Einbindung in das Mobilitätsmanagement erfolgsversprechender sein und sollten vertieft werden», heisst es in der Studie. Ansatzpunkte seien beispielsweise «Jobtickets» für den Arbeitsweg, die gezielt in das betriebliche Mobilitätsmanagement eingebunden sind, oder Schnupperabos für Neuzuzüger oder für Personen, die explizit auf ein Auto verzichten.

Die Regierung kommt anhand der Studie zum Schluss, die Idee Gratis-ÖV nicht weiter zu verfolgen. Vielmehr soll die Attraktivität hinsichtlich der Qualität weiter gestärkt werden, um den Marktanteil des ÖV zu erhöhen. Dass der ÖV heute zu wenig genutzt wird, liege, wenn dann, nur sehr beschränkt an den Ticketpreisen. Dank der staatlichen Subventionen von 70 Prozent sei der ÖV hierzulande nämlich ohnehin schon günstiger als in den Nachbarregionen. Wie das der Landtag sieht, wird sich im Dezember zeigen, wenn die vorliegende Studie dem Parlament zur Kenntnis gebracht wird.